

A n t r a g

der Fraktion DIE LINKE

Benachteiligung ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner endlich beenden!

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- I. zu berichten,
 1. welche Auswirkungen die gesetzlich festgelegte Rentenlücke zwischen Ost- und Westdeutschen in Thüringen bisher und bei Beibehaltung auch in Zukunft hat; dabei sind insbesondere Fragen aktueller und drohender Altersarmut, Effekte auf regionale Wirtschaftskreisläufe und demografische Aspekte zu beachten,
 2. welche Maßnahmen mit welchen Ergebnissen sie in der laufenden Legislaturperiode ergriffen hat, um die allgemeine Benachteiligung ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner zu beenden,
 3. welche Maßnahmen mit welchen Ergebnissen sie in der laufenden Legislaturperiode ergriffen hat, um die Benachteiligung von in der Deutschen Demokratischen Republik geschiedenen Frauen und verschiedener DDR-Berufsgruppen bezüglich ihres jeweiligen Rentenbezugs zu begegnen,
 4. wie viele Menschen in Thüringen seit ihrer Einführung Grundsicherung im Alter beziehen und wie viele trotz eines gesetzlichen Anspruchs nach Kenntnis der Landesregierung diesen nicht wahrnehmen;
- II. sich im Bundesrat
 1. für eine Angleichung des ostdeutschen an das westdeutsche Rentenniveau bis spätestens 2017 einzusetzen; dabei ist zu beachten, dass die Höherwertung ostdeutscher Löhne und Gehälter beibehalten bleibt, bis es keine Lohndifferenz Ost-West mehr gibt,
 2. für eine Beendigung der Benachteiligung von in der Deutschen Demokratischen Republik geschiedenen Frauen und für einen entsprechenden Nachteilsausgleich zu engagieren,
 3. für eine Beendigung der Benachteiligung verschiedener DDR-Berufsgruppen bezüglich ihrer Rente sowie weiterer Betroffener von Überführungslücken im Rahmen der Zusammenlegung der Rentensysteme Ost und West einzusetzen.

Begründung:

Die Rentenlücke zwischen Ost- und Westdeutschland verweist auch 23 Jahre nach dem Vollzug der deutschen Einheit auf eine reale innere Spaltung, die vielen Ostdeutschen das Gefühl vermittelt, Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse zu sein.

Dieser Empfindung wird auch dadurch nicht begegnet, dass mit der letzten Beitragserhöhung zum Juli 2013 die westdeutschen Rentnerinnen und Rentner aufgrund der minimalen Anhebung um 0,25 Prozent reale Kaufkraftverluste hinnehmen mussten. Eine Rentenanpassung nach unten, wie sie von der derzeitigen Bundesregierung forciert wurde, erhöht mittelfristig nur das allgemeine Risiko von Altersarmut in Ost- und Westdeutschland. Sie ist zudem aufgrund des fortwährenden Verweises auf gut gefüllte Rentenkassen und daraus resultierenden Beitragssenkungen auch nicht fiskalpolitisch begründbar.

Diese Handlungsrichtung scheint jedoch im Trend zu liegen: Nachdem die schwarz-gelbe Bundesregierung ihren eigenen Koalitionsvertrag, indem sie die Angleichung der Renten zwischen Ost und West bis 2013 versprochen hatte, gebrochen hat, reduziert das aktuelle CDU-Wahlprogramm dieses Gerechtigkeitsthema auf eine Frage der Wirtschaftsentwicklung.

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag begrüßt es deshalb ausdrücklich, dass die Thüringer Ministerpräsidentin Frau Lieberknecht sich trotz der bisherigen Wahlprogrammlücke ihrer Bundespartei nach der Bundestagswahl für eine zügige Umsetzung der Rentenangleichung stark machen möchte. Im Rahmen der von uns geforderten Bundesratsinitiative kann in zentralen Feldern für die notwendige Rentengerechtigkeit gestritten werden.

Für die Fraktion:

Blechschildt